Dr. Joey David Ovey, Leiter der AWV-Arbeitsgruppe 1.6.2 Governance /
Dr. Petra Pfisterer, AWV-Fachreferentin

Leitfaden für bürgerschaftlich Engagierte und öffentliche Verwaltungen: „Bürokratiearme partizipative Governance“

Seit März 2013 ist der Leitfaden der AWV „bürokratiearme partizipative Governance“ auf den Seiten der AWV im Netz online.

Wir laden Sie herzlich ein, die weiteren Inhalte künftig mitzugestalten.

Teilnehmende sind derzeit im Wesentlichen Referenten der AWV-Arbeitsgruppe lokale Governance, einer offenen Diskussionsplattform der AWV, die unter Leitung von Dr. Joey David Ovey, Prognos AG, aktuelle Themen der Governance bearbeitet.

hen, Bürokratie ist jedoch in diesem Zusammenhang nicht per se in der Mitte des (politik)wissenschaftlichen Interesses. Der Themenkomplex ist unzureichend beleuchtet.

Was verstehen wir unter Local Governance? Local Governance befasst sich zumeist mit neuen Formen und Arrangements zur Steuerung, Regulierung und Koordination staatlichen und kommunalen Handelns unter Einbeziehung verschiedener Akteure.

können und sollen. Bestehende Handlungs- und Gestaltungsansätze wollen wir daher im Sinne einer „good practice“ auf unserer Homepage darstellen. Wichtig ist hierbei, dass bürgerschaftliches Engagement nicht durch nicht erforderliche bürokratische Lasten erschwert wird.

Wir sehen die Debatte als Ergänzung zu der notwendigen Diskussion zu Vereinfachungspotenzialen in Gesetzen, eben mit Blick auf die Realisierung einer Bürger-

Was ist unser Ansatz?

Quelle: Prognos AG

I Was ist unser Ansatz?

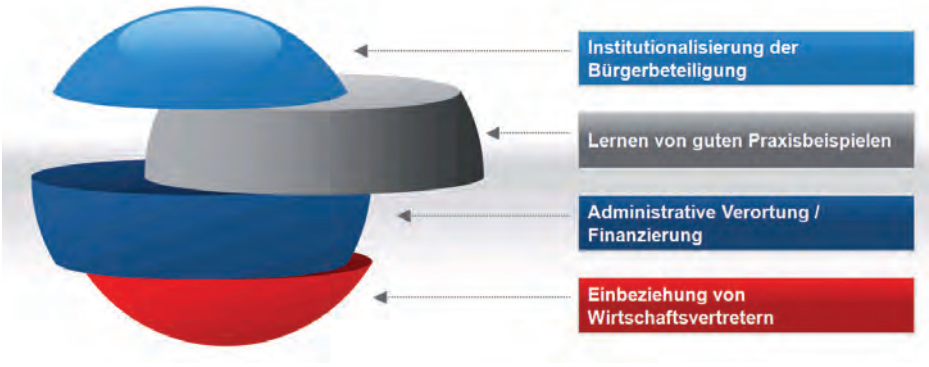
Zunehmend tritt die Verbindung zwischen Local Governance und Bürgerschaftlichem Engagement in den Vordergrund politik- und verwaltungswissenschaftlicher Diskussion. Das Thema „Bürokratieabbau“ wird in diesem Kontext jedoch nicht thematisiert. Zwar wird „viel Bürokratie“ als Hürde bei der Entfaltung des Bürgerschaftlichen Engagements gese-

Auf das Thema Bürgerschaftliches Engagement bezogen, entsteht dadurch das Leitbild eines aktivierenden Staats, der Anreize für bürgerschaftliches Engagement setzt und Entscheidungen wo möglich gemeinsam mit nicht-staatlichen Akteuren trifft.

Wir sind der Meinung, dass öffentliche Verwaltungen und lokale Politik aktiv Prozesse auf lokaler Ebene steuern und gestalten

gesellschaft. Die Rolle der Verwaltung besteht im Management des Wandels mit den Bürgerinnen und Bürgern als zentrale Kraft. Sowohl Bürgerinnen und Bürgern in Kooperation mit Akteuren der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand sprechen wir einen Beitrag zum Gemeinwohl zu. Eine Letztverantwortung des lokalen politischen und politisch-administrativen Systems für das Gemeinwohl bleibt bestehen.

Warum ein elektronischer Leitfaden im Netz?



Quelle: Prognos AG

Wir möchten vor diesem Hintergrund hinterfragen, wie die Schaffung und Sicherstellung adäquater Rahmenbedingungen gelingen kann bzw. wie unnötige bürokratische Lasten für Wirtschaft, Bürger und Dritten Sektor vermieden werden können.

„Bürgerbeteiligung braucht …

- Grundlagen, die man wissen muss
- Strategien, die man verfolgen muss
- Kompetenzen, die man mitbringen muss“

II Warum ein elektronischer Leitfaden im Netz?

Die Diskussion unserer Arbeitsgruppe hat gezeigt, dass es aus Sicht der Teilnehmer wünschenswert ist, eine Plattform zu schaffen, die

- die Möglichkeit bietet, „good practice“ darzustellen, einzelne Projekte und Handlungsansätze aufzuzeigen
- Initiativen einer breiteren Öffentlichkeit, bürgerschaftlich Engagierten und öffentlichen Verwaltungen zugänglich macht
- Mitmach-Möglichkeiten und Raum für die Darstellung weiterer Initiativen und eigener Ansätze bietet
- kein in-sich geschlossenes Print-Produkt ist, sondern eine Plattform, die Raum für Weiterentwicklung lässt
- bisher weitgehend unbearbeitete Fragestellungen, wie unterschiedliche Möglichkeiten der administrativen Verortung oder auch der Finanzierung aufgreift
- die Rolle der Wirtschaft und ihrer Unterstützungsleistungen bzw. ihrer Initiativfunktion thematisiert.

Der bisherige fachliche Austausch in der Arbeitsgruppe geht über kritische Zusammenfassungen und Textbeiträge ebenfalls in den elektronischen Leitfaden ein. Die

Was sind die Arbeitsinhalte des Leitfadens im Einzelnen?

Quelle: Ovey, Joey David / Pfisterer, Petra

Homepage selbst wird entsprechend der neuen Beiträge jeweils angepasst und auf Grundlage der eingereichten Beiträge weiterentwickelt werden.

Zusammenfassend: Wir möchten dazu beitragen, eine Lücke in der Arbeitspraxis der Verwaltungen zu schließen und weitere Diskussionen mit Verwaltungen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren anstoßen.

Akteure aus Verwaltung, Wirtschaft, Drittem Sektor und bürgerschaftlich Engagierte sollen gleichermaßen ihre Erfahrungen bei der Gestaltung des Leitfadens einbringen.

III Was sind die Arbeitsinhalte des Leitfadens im Einzelnen?

Die Grundstruktur des Leitfadens untergliedert sich im Wesentlichen in vier Teilbereiche oder Arbeitspakete.

Handlungsansätze und Handlungserfordernisse lokaler Governance

Zunächst wird beschrieben, was aktuelle Handlungserfordernisse und Handlungsansätze lokaler Governance sind. Politik und Verwaltung gestalten die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für eine adäquate Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligungsverfahren sollen auf allen Verwaltungsebenen unterstützt und gefördert werden. Lokale Agendaprozesse und Bürgerhaushalte sind Beispiele für Partizipationswünsche von Bürgerinnen und Bürgern und Angebote der öffentlichen Verwaltung, diesen Wünschen zu entsprechen. Neben der Frage, wie hier die Nachfrage und Forderungen der Bürger mit „Angeboten" in Einklang gebracht werden können, wird auch thematisiert, was die öffentliche Verwaltung selbst tun kann, damit sie als offen für eine Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen wird.

Quelle: Prognos AG

Methoden Partizipativer Verfahren

Ein zweiter Schwerpunkt stellen die Methoden partizipativer Verfahren für öffentliche Verwaltungen dar. Unterschieden werden formelle und informelle Verfahren der Beteiligung von Bürgern, die zunächst erläutert werden. Thematisiert werden Verfahren wie Open Space, Zukunftswerkstatt, Bürger- oder Konsensuskonferenzen sowie Mediation. Stärken und Schwächen der einzelnen Instrumente werden herausgearbeitet. Auch Anforderungen und notwendige Rahmenbedingungen aus Verwaltungssicht sind dargestellt, um Bürgerbeteiligung zum Erfolg zu führen.

Wirtschaftsbezüge lokaler Governance

Ein weiterer Themenbereich stellt Lokale Governance in seinen Wirtschaftsbezügen dar. Corporate Citizenship, Corporate Volunteering sowie Business District Improvement sind aktuelle Konzepte, die vorgestellt werden. Anhand von praktischen Beispielen werden die jeweiligen Kategorien und Formen der Kooperation dargestellt und soweit möglich Aussagen zur Wirksamkeit getroffen. Anhand der dargestellten Beispiele zeigt sich auch, wie weitreichend Maßnahmen sein können, beispielsweise, wenn Unternehmen das Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern und Ressourcen für gesellschaftliche

Erste Ergebnisse: Was braucht die Verwaltung, um bei Beteiligung besser zu werden?

Quelle: Prognos AG

Aufgaben einbringen. In Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen nehmen Unternehmen eine zunehmend bedeutendere Funktion bei der Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement ein. Auch öffentliche Arbeitgeber werden sich ihrer Rolle als potenzielle Förderer des bürgerschaftlichen Engagements ihrer Beschäftigten bewusst und erkennen das Potenzial für das Gemeinwohl sowie für die Weiterentwicklung der eigenen Organisation.

Organisation innerhalb der öffentlichen Verwaltung

Bezogen auf die organisatorische Anwendung von Bürgerschaftlichem Engagement innerhalb der öffentlichen Verwaltungen bestehen formelle, rechtlich verankerte Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene, wie Bürgerbegehren und -entscheid oder auch Anhörungsrechte in Planungsverfahren sowie eine Vielzahl informeller Beteiligungsformen. Sie beruhen nicht auf einer gesetzlichen Regelung und können in der einzelnen Gemeinde frei gestaltet werden. Gängige Verfahren und Potenziale werden beschrieben und diskutiert.

IV Erste Ergebnisse: Was braucht die Verwaltung, um bei bürgerschaftlicher Beteiligung und Engagement besser zu werden?

Erste Ergebnisse der Arbeitsgruppe machen deutlich, dass insbesondere ein Bedarf besteht, finanzielle und personelle Kapazitäten für die aktive Gestaltung von Beteiligungsprozessen auszubauen. Dies ist gekoppelt an eine Offenheit für Initiativen und der Notwendigkeit, weitergehende Methodenkenntnisse, und Kenntnisse zum „Beteiligungs-Know-How“ auszubauen. Die Verwaltung kann sich hier auch als Berater der Bürgerschaft etablieren, unter der Voraussetzung, dass Klarheit im Umgang mit Beteiligungsverfahren und über ihre Rolle in Beteiligungsverfahren besteht oder geschaffen wird.

Auch klare politische Vorgaben bzw. Orientierung ist erforderlich und eine an die kommunikativen Anforderungen angepasste Verwaltungsausbildung.

Haben Sie Interesse an einer Mitarbeit und Fortführung des Leitfadens?

Die angesprochenen Beiträge der Referenten stehen auf der Homepage der AWV unter

http://www.awv-net.de/cms/Fachinformationen/Fachinformationen,cat5.html

zur Verfügung. Eigene Texte, Power Point Präsentationen etc. können Sie an die AWV über die Mailadresse pfisterer@awv-net.de übermitteln. Gerne nehmen wir geeignete Beiträge auf und freuen uns über die Diskussion mit Ihnen.

Joey David Ovey
Leitung AWV-Arbeitsgruppe „Governance“

Petra Pfisterer
AWV-Fachreferentin

AWV-Arbeitskreis 1.6 „Bürokratieentlastung des Dritten Sektors und des bürgerschaftlichen Engagements“ und AWV-Arbeitsgruppe „Lokale Governance“

Der Arbeitskreis „Bürokratieentlastung des Dritten Sektors und des bürgerschaftlichen Engagements“ arbeitet seit Mai 2009 unter Leitung von Dr. Jörg Alvermann, Kanzlei Streck, Mack, Schwedhelm, am Themenkreis Bürokratieentlastung des Dritten Sektors und des bürgerschaftlichen Engagements. Mitglieder sind Aktive des Ehrenamtes und Aktive aus dem Bereich des Dritten Sektors mit Interesse am Austausch und Ideen zum Abbau von Bürokratiebelastungen in ihrem Bereich, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Kommunen und Verwaltungen des Bundes und der Länder. Der Arbeitskreis dient einerseits dem gegenseitigen fachlichen Austausch und der Information, andererseits werden konkrete Vorschläge und Anregungen zur Entlastung des Dritten Sektors und des bürgerschaftlichen Engagements von Bürokratiebelastungen und -kosten in Zusammenarbeit mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erarbeitet. Der Austausch innerhalb des Arbeitskreises wird durch die Vorstellung von Projekten seitens der Teilnehmer und externer Referenten unterstützt.

Drei Themenschwerpunkte sind für den Arbeitskreis von besonderem Interesse:

- *Vorstellung konkreter Projekte und Ansätze der Entbürokratisierung.*
- *Rechtsfragen der Gemeinnützigkeit und Erarbeitung von Entlastungsansätzen zur Reduzierung von Bürokratiekosten.*
- *Der Themenbereich „Governance“, der sich auf steuerungs- und partizipationsbezogene Fragestellungen bezieht.*

Zur Bearbeitung des Themas „Governance“ findet in der Arbeitsgruppe „Lokale Governance“ statt, die von Dr. Joey-David Ovey, Marktfeldleiter der Prognos AG, geleitet wird.

Ein Arbeitsergebnis der Gruppe ist der elektronische Leitfaden „bürokratiearme, partizipative Governance“